



Mandanteninformation | März 2020

## ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS ÜBER DAS GESETZ ZUM ÜBEREINKOMMEN ÜBER DAS EINHEITLICHE PATENTGERICHT: NICHTIG!

von Jochen Sties

### **Wir stehen selbst enttäuscht und sehr betroffen den Vorhang zu und alle Fragen offen**

Man kann es nicht treffender formulieren als Bertolt Brecht, und zwar unabhängig von den jeweiligen Erwartungen.

Kurz zur Ausgangslage:

Marken können in Europa einheitlich geschützt und auch einheitlich durchgesetzt werden. Das Projekt, einen EU-weit einheitlichen Patentschutz zu etablieren, läuft seit mehreren Jahrzehnten. 2016 wählten sich die Befürworter bereits auf der Zielgeraden, als mit dem Brexit und einer Verfassungsbeschwerde in Deutschland zwei unerwartete neue Hürden auftauchten.

Die aktuelle britische Regierung hat letzten Monat mitgeteilt, dass sie das Einheitspatent nicht einführen wird. Hätte sich das Vereinigte Königreich am Einheitspatent beteiligt, hätte akzeptiert werden müssen, dass Entscheidungen des EuGHs bei bestimmten Rechtsfragen auch im Vereinigten Königreich wirken. Es wäre spannend gewesen zu sehen, wie Boris Johnson das seinen Wählern vermittelt hätte.

Diesen Freitag (20. März 2020) hat das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerde entschieden, die gegen die Ratifizierung des Übereinkommens über das Einheitliche Patentgericht (einem Kernelement des einheitlichen Patentschutzes innerhalb der EU) eingelegt wurde.

Mit der Verfassungsbeschwerde wurde zunächst der (eher formelle) Gesichtspunkt gerügt, dass das Gesetz zur Ratifizierung des Übereinkommens mit einer 2/3-Mehrheit der Abgeordneten hätte angenommen werden müssen. Tatsächlich haben damals tief in der Nacht gerade einmal rund 35 Abgeordnete abgestimmt.

Ferner wurden mehrere materielle Regelungen beanstandet, die teilweise komplexe Gesichtspunkte im Spannungsverhältnis zwischen EU-Recht und nationalem deutschen Recht berühren und teilweise die besser verständliche Frage, ob die Art und Weise, wie die Richter des Einheitlichen Patentgerichts ausgewählt werden, mit deutschen Grundsätzen über die Unabhängigkeit von Richtern vereinbar sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun entschieden, dass zur Ratifizierung des Gesetzes eine 2/3-Mehrheit nötig gewesen wäre. Dementsprechend ist das Gesetz nichtig. Über die übrigen materiellen Rügen der Verfassungsbeschwerde musste daher nicht entschieden werden.

Und hier sind wir bei Bertolt Brecht: Alle Fragen offen.

Die Gegner des Einheitlichen Patentgerichts können sich kurzfristig freuen; der Verfassungsbeschwerde wurde stattgegeben, allerdings „nur“ wegen eines Formfehlers.

Die Befürworter des Einheitlichen Patentgerichts könnten sich damit trösten, dass die vom BVerfG für nötig befundene 2/3-Mehrheit bei einer erneuten Abstimmung vermutlich zustande kommen wird; es gab 2016 den allgemeinen Konsens, das Einheitliche Patentgericht umzusetzen.

Offen bleibt aber die Frage, wie es weitergeht, falls das Gesetz erneut in den Bundestag eingebracht und dann mit einer 2/3-Mehrheit angenommen wird. Das BVerfG diskutiert in seinem Beschluss auch die materiellen Rügen der Verfassungsbeschwerde. Ein Teil der Rügen wird als unbegründet bezeichnet, ein anderer Teil als nicht ausreichend substantiiert. Die Ausführungen zu den nicht ausreichend substantiierten Rügen könnten als Fingerzeig verstanden werden, an welchen Stellen eine neue Verfassungsbeschwerde nachgebessert werden muss, um die Erfolgsaussichten zu erhöhen. Auch über einem neuen Ratifizierungs-Gesetz könnte also weiter das Damoklesschwert der Verfassungswidrigkeit schweben.

Zusätzlich zu diesen nationalen deutschen Problemen haben sich in der Zwischenzeit weitere Baustellen aufgetan:

- Nachdem das Vereinigte Königreich nicht am Einheitspatent teilnehmen wird, ist dieses Schutzrecht weniger attraktiv. Dies müsste sich zumindest in geringeren Jahresgebühren für erteilte Einheitspatente niederschlagen. Pessimisten stellen bereits in Frage, ob das Einheitspatent überhaupt noch für die Anmel-der lohnend ist.
- Aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU muss entschieden werden, wo die Kammer des Einheitlichen Patentgerichts angesiedelt werden soll, die ihren Sitz in London hätte haben sollen. Das Tauziehen hinter den Kulissen hat schon begonnen.
- Es hat auch bereits eine Diskussion begonnen, ob nicht die Verfahrensordnung für das Einheitliche Patentgericht neu verhandelt werden sollte, um sie von vielen Elementen des Common Law zu bereinigen – also den Regelungen, die sich nach dem Brexit als „Abschiedsgeschenk“ der britischen Anwälte darstellen und dafür sorgen, dass die erwarteten Verfahrenskosten um ein Vielfaches über dem liegen, was die Parteien aus deutschen Verletzungs- oder Nichtig-keitsverfahren gewohnt sind.

Es sieht insgesamt nicht danach aus, dass das Einheitspatent die Ziellinie in überschaubarer Zeit überqueren wird.



### FRAGEN?

Sollten Sie Fragen zu diesem Thema haben, können Sie gerne jederzeit Ihren persönlichen Ansprechpartner oder Jochen Sties ([j.sties@prinz.eu](mailto:j.sties@prinz.eu)) kontaktieren.

Prinz & Partner mbB  
Rundfunkplatz 2  
80335 München

Telefon: +49 (0) 89 / 59 98 87-0  
Telefax: +49 (0) 89 / 59 98 87-211  
E-Mail: [info@prinz.eu](mailto:info@prinz.eu)